

DIESE GRÜNEN!

Fuhlrott-Museum

■ Kalt gestellt und abgeschrieben

Deutlicher kann man wohl kaum machen, welchen Stellenwert das Fuhlrott-Museum in Wuppertal hat: Die Sammlung des Fuhlrott-Museums soll nun in Containern eingelagert werden. Mit dieser Entscheidung von CDU und SPD in der Ratssitzung am 05.11.2007 ist der Bestand ernsthaft gefährdet.

Dass das Museum im baufälligen Gebäude an der Auer Schulstraße nicht mehr bleiben kann, lässt sich jetzt wohl nicht mehr ändern. Eine Sanierung tut dringend Not. Es ist nicht das erste öffentliche Gebäude, das intensiv genutzt, aber nicht instand gehalten wurde. In den letzten Jahren hat sich der Zustand immer weiter verschlechtert – ohne Konsequenzen. Jetzt werden harte Fakten geschaffen: Das Fuhlrott-Museum verliert seine Heimat und wird 2008 geschlossen. Aber musste es so weit kommen?

Für den geplanten Umzug sollen nun 150.000 Euro genügen. Nicht nur die GRÜNEN bezweifeln, ob diese Summe ausreicht. Schließlich kann man die wertvollen Sammlungen und Ausstellungsstücke des Fuhlrott-Museums nicht einfach in Kisten packen. Um dem Museum in Wuppertal nicht noch mehr zu schaden, müs-

sen erfahrene Fachleute das empfindliche Material vorsichtig einlagern.

CDU und SPD nehmen mit ihrer Entscheidung in Kauf, ein einzigartiges Naturkundemuseum und einen wichtigen Ort für praxisnahes Lernen außerhalb der Schule einfach verschwinden zu lassen. Denn vor 2012 kann die Sanierung der Zoogaststätten nicht beginnen. Dass in noch fernerer Zukunft die Schätze des Fuhlrott-Museum wieder zu bestaunen sein werden, erscheint unwahrscheinlich, schließlich gilt das Museum den

Fraktionen von CDU und SPD als ungeliebtes Kind. Noch im Jahr 2005 hatten sich alle Fraktionen einstimmig für einen Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf Erhalt und Weiterentwicklung des Museums ausgesprochen. Jetzt bröckelt dieses Bekenntnis mehr und mehr. Nun sieht es so aus, als sollen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen das Fuhlrott-Museum und damit eine wertvolle und bedeutende Bildungseinrichtung genommen werden. Daran kann auch ein halberzügiger Ergänzungsantrag von

CDU und SPD nicht hinwegtäuschen. Die vorgeschlagenen Alternativstandorte sind aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ungeeignet.

Auch die Aussicht auf einen städtischen Zuschuss in Höhe von 15.000 Euro in den Jahren 2008/2009 für den Naturwissenschaftlichen Verein ist keine wirkliche Hilfe, wenn das Museum in der Öffentlichkeit nicht mehr präsent ist. 65 aktive Mitglieder des Vereins haben von Januar 2004 bis heute mehr als 25.000 Stunden ehrenamtliche Arbeit geleistet, um den Museumsbetrieb aufrecht zu erhalten. Für all diese engagierten Helferinnen und Helfer ist der lapidare Umgang von CDU und SPD mit dem Fuhlrott-Museum ein Schlag ins Gesicht. Und das in Zeiten, in denen genau solches Engagement von den Bürgerinnen und Bürgern gefordert wird. Wie sagte der Oberbürgermeister in seiner Haushaltsrede? Zitat:

„Eine Stadt, in der die BürgerInnen und Bürger so begeisterungsfähig sind – um diese Stadt brauchen wir uns keine Sorgen zu machen!“ Die Mitglieder des Naturwissenschaftlichen Vereins oder des Fördervereins und viele andere, die sich aktiv für das Fuhlrott-Museum eingesetzt haben, werden eine solche Aussage als blanken Hohn empfinden.



Guten Tag!

Liebe Leserinnen und Leser,

wieder einmal geht ein ereignisreiches Jahr seinem Ende entgegen. Diesmal geht es um das liebe Geld. Die Wuppertaler Kassen sind nach wie vor dramatisch leer. Umso größer ist das Interesse daran, wie CDU und SPD die wenigen Prioritäten setzen wollen. Aber fachliche Haushaltsberatungen sollen erst gar nicht stattfinden. Schwarz-Rot hinterlässt unterdessen schwere Schäden in der Stadt: das Fuhlrott-Museum wird 2008 geschlossen, allem ehrenamtlichen Engagement zum Trotz. Was das neue Jahr bringt, werden wir sehen und bestmöglich mitgestalten. Für Sie persönlich bringt es hoffentlich eine glückliche Zeit. Genießen Sie den Jahresausklang mit raschelnden Blättern und vielleicht auch etwas Schnee. Bevor die Hektik beginnt, wünschen wir Ihnen schon einmal eine schöne Weihnachtszeit und viel Freude beim Lesen!

Ihr Redaktionsteam

Wem gehört das Geld?

■ GRÜNE wollen Bürgerbeteiligung zum kommunalen Haushalt

Das Haushaltsrecht ist in Deutschland seit jeher eine der wesentlichen Kompetenzen des Parlaments. Wenn nun BürgerInnen ein eigenes Mitspracherecht fordern, bricht das mit der deutschen Tradition. Daher ist die Abwehrhaltung der Politik durchaus verständlich. Allerdings löst sie nicht das Problem, dass immer mehr Menschen die Entscheidungen, wofür die Steuergelder ausgegeben werden, als willkürlich oder undurchsichtig empfinden. Politikverdrossenheit ist die Folge. Niemand versteht, warum der Staat so viel und an genau diesen oder jenen Stellen sparen muss, wenn er nicht die Hintergründe und Details des Haushalts kennt. Es ist das Geld der SteuerzahlerInnen, das der Staat ausgibt. Umso verständlicher ist, dass

die Menschen wissen wollen, was mit ihrem Geld passiert und warum. Deshalb beteiligen immer mehr Kommunen ihre BürgerInnen an der Aufstellung des Haushaltes. Manche Städte und Gemeinden stellen den ganzen Haushalt zur Diskussion, andere nur Teile. Manche geben den Menschen konkrete Fragen auf: Was kann eingespart werden? Andere Kommunen wählen ergebnisoffene Verfahren. In manchen Städten gibt es offene Bürgerforen, andere, wie Hamburg, organisieren die Diskussion über das Internet. Gemeinsam ist ihnen aber das immense Interesse der BürgerInnen. Die leeren Kassen in den meisten Kommunen schrecken die Menschen keineswegs ab, sich in das Thema einzuarbeiten, im Gegenteil. Sie haben

Verständnis für unpopuläre Entscheidungen, weil sie die desaströse Situation kennen. Solange der Haushalt ein Privileg der Abgeordneten ist und die Öffentlichkeit von der Diskussion ausgeschlossen bleibt, solange werden die BürgerInnen ihre Einsicht in die Notwendigkeit zu sparen verweigern. Dabei bietet insbesondere das „Neue Kommunale Finanzmanagement“ (NKF), das ab 2008 für den Etat der Stadt Wuppertal in Kraft tritt, eine Chance für mehr Transparenz. Sie entsteht durch ein neues Verfahren. Bisher hat man nämlich nur aktuelle Einnahmen und Ausgaben gegeneinander aufgerechnet. Nun soll es auch um Aufwendungen und Erträge in der Zukunft gehen, also um Folgen, die das heutige Handeln hat. Was kostet

diese oder jene Entscheidung? Zahlt sich eine Investition in ein paar Jahren aus? Mit diesem neuen Ansatz bekommt der Haushalt mehr Weitblick und Nachhaltigkeit. Gerade das böte den idealen Rahmen für eine stärkere Beteiligung der Öffentlichkeit. Leider sehen CDU und SPD diese Chance nicht. Sie haben den Ratsantrag der GRÜNEN zum Bürgerhaushalt und die Anträge zur öffentlichen Darstellung des neuen NKF-Haushaltes in den Fachgremien und den Bezirksvertretungen abgelehnt. Offensichtlich trauen beide Fraktionen den Wuppertaler BürgerInnen wenig zu. Die GRÜNEN in Wuppertal teilen diese Meinung nicht und werden weiterhin an der Forderung nach einem Bürgerhaushalt festhalten.

Geplante Naturzerstörung ohne Alternative?

■ Bürgerbeteiligung light bei Jugendstrafanstalt & Co. auf Erbschlöß

Der Einladungstext klang gut: „Die Mitarbeit aller interessierten RonsdorferInnen ist gefragt. In einer ‚kompakten Entwurfswoche vor Ort‘ im Oktober sollen sie ihre Ideen, Einwände und Anregungen zum

geplanten Neubau einer Justizvollzugsanstalt (JVA) in Ronsdorf einbringen.“ Mit diesen Worten hatte der Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB) für den Architektenwettbewerb auf dem Gelände der ehemaligen Stand-

ortverwaltung in Ronsdorf eingeladen. Hintergrund: Das Land plant den Neubau einer Jugendvollzugsanstalt, der Bereitschaftspolizei, der Justizvollzugsschule sowie der Landesfinanzschule auf einer 30 Hektar großen

Fläche, die teilweise im Landschaftsschutzgebiet liegt. An drei Abenden Anfang Oktober kamen jeweils 150 bis 200 BürgerInnen.

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Seite 2
Familienpolitik

Seite 3
Änderungen
Gemeindeordnung NRW

Seite 4
Gastkommentar
Schulmittagessen

Seite 5
Veranstaltung
zum Müngstener

Seite 6
Reisebericht Beer Sheva

Geplante Naturzerstörung...

Fortsetzung von Seite 1

Allerdings: Eine ernstzunehmende Bürgerbeteiligung war keineswegs vorgesehen. Während die „renommierten Planungsbüros“ den jeweiligen Stand ihrer Entwürfe präsentierten, wurden Wortbeiträge aus dem Publikum lediglich zur Kenntnis genommen. Dabei wurde deutlich, dass die Ronsdorfer BürgerInnen sich ernsthaft mit dem Bau der JVA auseinandersetzen und grundsätzlich nichts dagegen haben. Wogegen sie sich wehren, ist allerdings die Zerstörung des Landschaftsschutzgebietes. Diese „Bürgerbeteiligung“ hatte nichts mit einem demokratischen Verfahren zu tun, sondern diente wohl dazu, später behaupten zu können, alles sei ganz transparent abgelaufen. Ob und welche

Anregungen der BürgerInnen aufgegriffen wurde, blieb nebulös und intransparent. Die BLB veranstaltete diesen 300.000 Euro teuren Architektenwettbewerb, obwohl das Planverfahren noch lange nicht rechtskräftig abgeschlossen ist. Da das Land beabsichtigt, teilweise im Landschaftsschutzgebiet zu bauen, muss der Regionalplan geändert werden, später auch der Flächennutzungsplan. Gegen die GRÜNEN beschloss der Regionalrat - ein politisches Gremium auf Ebene der Bezirksregierung Düsseldorf -, das Änderungsverfahren einzuleiten. Rechtsgültig kann die Änderung jedoch erst Anfang 2008 beschlossen werden. Bis dahin muss das Vorhaben weiter geplant und auf Rechtmäßigkeit überprüft werden. Dabei wird auch ein Umweltbericht erstellt, der den ökologischen Eingriff bewertet. Schon jetzt zeigt sich im

vorläufigen Umweltbericht, dass es sich um einen schwerwiegenden Eingriff in die Natur handelt, der weitreichende Folgen für die dortigen wertvollen Biotopflächen und viele streng geschützte Pflanzen und Tiere hat. Da es europäische Richtlinien und Gesetze zum Artenschutz gibt, gilt es genau zu prüfen, ob ein Eingriff gesetzesmäßig wäre. Nicht nur ökologisch, auch historisch gesehen ist die Fläche des ehemaligen Langwafenschießstandes nicht irgendeine. Erdwälle und eine Kugelfangmauer zeugen von der Nazi-Diktatur, u.a. wurden auf diesem Platz jugendliche Deserteure erschossen. Diese Stätte sollte als historisches Mahnmahl erhalten bleiben. Das meinen neben vielen BürgerInnen auch die GRÜNEN und der Rheinische Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz. Die Mehrheitsparteien und das Land

NRW allerdings zucken nur mit den Schultern. Unbeeindruckt zeigen sie sich auch von Bedenken der Fachleute, die in einer Anhörung im Landtag davor warnten, eine so große „Vollzugs-Fabrik“ für 500 jugendliche Insassen zu bauen. Die Landesregierung will das Projekt auf Biegen und Brechen durchsetzen. Unter anderem locken Einsparungen, eine gemeinsame Großküche für Bereitschaftspolizei und Schulen beispielsweise soll den Landshaushalt um 28 Mio. Euro entlasten. Ist hier seriös gerechnet worden, fragen sich die GRÜNEN, wenn die Zahlen davon ausgehen, dass eine Köchin oder ein Hausmeister 100.000 Euro Personalkosten pro Jahr verursachen soll? Das Land weigert sich nach wie vor, eine dezentrale Ansiedelung der Landeseinrichtungen als Alternativlösung zu berücksichtigen. Das Gelände der

jetzigen Bereitschaftspolizei an der Müngstener Straße könnte auch weiterhin genutzt werden, dazu die Fläche der ehemaligen Standortverwaltung und vielleicht auch die Fläche Blombach Süd. So wären trotz der dezentralen Lage Einspar-Effekte zu erzielen, ohne das Landschaftsschutzgebiet zu zerstören. Leider ist in den Köpfen der Verantwortlichen noch nicht angekommen, dass wir uns einen weiteren Verbrauch von Natur nicht mehr leisten können. Hier herrscht noch das alte Denken, dass der gewinnträchtige Verkauf der Fläche an der Müngstener Straße zu hohen Baulandpreisen die Zerstörung des ökologisch wertvollen, aber preiswerten Geländes im Landschaftsschutz allemal rechtfertigt. Diese Rechnung geht nicht auf. Ein weiteres Stück gesunde Natur geht unwiederbringlich verloren.

Kinderbildungsgesetz**■ Beschlossen: Schlechtere Qualität und höhere Kindergartenbeiträge**

Die heftigen Proteste haben das Schlimmste vermieden. Aber auch nach den Nachbesserungen beim Kinderbildungsgesetz (KiBiz) der schwarz-gelben Landeskoalition bietet das Regelwerk keine gute Perspektive für Kinder. Auf die Stadt Wuppertal wie auch auf die Eltern werden einige schwierige Probleme zukommen. Nach dem Gesetz sollen Eltern 19 Prozent der Kosten des Betreuungssystems tragen. Die CDU/FDP-Landesregierung hat daran trotz aller Kritik im Vorfeld der Gesetzesverabschiedung nichts geändert. Tatsächlich wird ein Elternanteil von 19 Prozent nicht zu erzielen sein. Bekanntlich wachsen viele Wuppertaler Kinder in wirtschaftlich schwachen Familien auf. Viele Familien sind von Leistungen der ARGE abhängig (z. B. Hartz IV). Sie müssen dann weniger für den Kindergartenplatz bezahlen. Diese soziale Staffelung ist richtig und sozial gerecht. Sie führt aber



dazu, dass der Elternanteil an den Betreuungskosten deutlich niedriger ausfallen wird als 19 Prozent, die auf dem Papier stehen. Konkret heißt das, dass mindestens vier Prozent des Gesamtgeldes fehlen, auch in Wuppertal. Viele städtische Einrichtungen planen deshalb, die Elternbeiträge zu erhöhen, damit am Ende der geforderte Anteil zusammen kommt.

Wir fordern CDU und SPD im Rat der Stadt nachdrücklich auf, von solchen Plänen Abstand zu nehmen. Auch fachlich hat das KiBiz weiterhin große Schwächen. Die neuen Gruppenformen verschlechtern die Qualität der Kinderbetreuung. In der Regelgruppe sollen nur zwei Fachkräfte 20 Kinder ab zwei Jahren bis zum Schuleintritt betreuen. Die vier bis sechs

Kleinkinder unter drei Jahren, die in einer solchen Gruppe sein können, brauchen weitaus mehr Betreuung. Außerdem haben die Kleinen einen völlig anderen Tagesrhythmus als die älteren Kinder. Solch gemischte Gruppen erfordern zudem einen enormen Umfang an Umbauarbeiten, z.B. braucht man Schlafräume. Neu ist auch, dass die von den Eltern gebuchte Betreuungszeit von 25, 35 oder 45 Stunden in der Woche nunmehr zwingend zu berücksichtigen ist. Auch Wuppertal, das noch keine Staffeln nach solchen den Öffnungszeiten hat, wird die Beitragsätze entsprechend anpassen müssen. Da das Jugendamt weiterhin von 19 Prozent Elternbeiträgen ausgeht, rechnen wir mit höheren Kindergartenbeiträgen in Wuppertal, mindestens für die längeren Betreuungszeiten. Umgekehrt könnten die Eltern, die nur die kurze Betreuungszeiten

Fortsetzung auf Seite 3

Familienfreundliches Wuppertal?**■ Empfehlungen der Bertelsmann-Stiftung**

Familien mit Kindern sind wichtig für eine lebendige, zukunftsfähige Stadt oder Gemeinde. Aber was tun die Städte dafür? Wann ist eine Stadt kinder- und familienfreundlich? Eine angemessene Kinderbetreuung gehört dazu, eine intakte Umwelt, ein gutes Angebot an Arbeitsplätzen, ausreichende Spiel- und Freizeitmöglichkeiten und wenig Gefahrenpunkte im Straßenverkehr. Es bedarf einer umfassenden, ganzheitlichen Sichtweise. Städte und Gemeinden haben die Aufgabe, Kinder- und Familienfreundlichkeit ressortübergreifend zu gestalten.

Die Bertelsmann-Stiftung hat mit einem ganzheitlichen Blick klare Empfehlungen für kinder- und familienfreundliche Städte und Gemeinden abgegeben. Demnach sollten solche Städte auf folgendes achten:

- Kompetenzen bündeln: Eine enge Vernetzung und Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Schulen und Schulverwaltung ist konstruktiv und vermeidet komplizierte Bürokratie.

- Früh gefördert ist halb gewonnen: Vorschulischen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sollten konsequent mit Grund- und weiterführenden Schulen zusammenarbeiten.

- Möglichkeiten transparent machen: Eine familienfreundliche Stadt punktet mit einer Informationsbroschüre, in der sämtliche Angebote für Kinder und Familien zu finden sind. Ebenfalls hilfreich ist eine Infostelle für Kinder und Familien.

- Unterstützen und fördern: Gerade Kinder mit schwierigen Startbedingungen brauchen individuelle Förderung; ein Beispiel ist spezielle Sprachförderung für ausländische SchülerInnen.

- Willkommenszeichen: Integrationsangebote für ausländische Kinder und deren Familien zahlen sich langfristig aus.

- Flexible Kinderbetreuung: Wirklich familienfreundlich ist ein modernes Angebot an Betreuungsmöglichkeiten für Kinder ab vier Monaten bis hin zur gesicherten Nachmittagsbetreuung in der Schulzeit.

Die wichtigste Voraussetzung für all

diese Aspekte ist der Wille einer Stadt, kinderfreundlich zu werden. Denn wer sich Kinder- und Familienfreundlichkeit auf die Fahne schreiben möchte, muss klären, welche Ziele und Maßnahmen dafür notwendig sind. Wenn man die Empfehlungen der Bertelsmann-Stiftung ernst nimmt, lässt sich daraus ein Handlungskatalog ableiten:

Gutes Klima für Familien

Wir brauchen generell ein familien- und kinderfreundliches Klima. Ein Schlüssel dazu ist die Balance von Familie und Beruf. Ob diese Balance gelingt, hängt nicht nur von den Arbeitsbedingungen ab, sondern auch von den Angeboten zur Kinderbetreuung.

Das familienfreundliche Klima in der Stadt muss deutlich spürbar sein. Kinder willkommen! Menschen fühlen sich dort wohl, wo ein Zusammenleben mit Kindern attraktiv gestaltet wird. Wenn dann noch Kinder und Jugendliche das Gefühl haben, dass ihre Bedürfnisse in der Stadt wichtig sind, kann die Stadt sich Kinder-

freundlichkeit auf die Fahne schreiben – ein Standortfaktor, der immer höher auf die Prioritätenliste klettert. In Kinder- und Jugendparlamenten übernehmen Kinder und Jugendliche frühzeitig Verantwortung für ihre Stadt. Gleichzeitig wird auf diese Weise ihr Selbstvertrauen und die Identifikation mit ihrem Wohnort gestärkt.

Transparenz

Um langfristig zukunftsfähig zu bleiben, benötigen Kommunen eine regelmäßige Berichterstattung über das Wohl der Kinder und Familien vor Ort, damit politische Entscheider entsprechende Weichen stellen können, aber auch damit die BürgerInnen selbst wissen, woran sie sind. Ein solcher Bericht sollte Daten über Kinder ohne Schulabschluss ebenso beinhalten wie Informationen über Beratungsangebote.

Investitionen in die Kinderbetreuung

Auch für Kinder schon unter drei Jahren müssen Betreuungsplätze her, genau wie manche Kinder und

Impressum**Herausgeberin:**Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 0202. 563. 6204 Fax: 0202. 59 64 88

E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de

Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:Gerta Siller, Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)
Sylvia Meyer (Redaktion), Lorenz Bahr,
Bettina Brücher, Susanne Fingscheid,
Anja Liebert, Petra Lückether, Gabriele Mahner,
Paul Yves Ramette, Marc Schulz**Gastkommentar:****Dorothee Kleinherbers-Boden,**
Schulleiterin der Gesamtschule
Else Lasker-Schüler**Alle Fotos,** soweit nicht anders
gekennzeichnet: Jörg Lange**Satz, Gestaltung und Druck:**
talwild gmbh, Herderstraße 1, 42327 Wuppertal**Auflage: 28.055**Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA und Hasret,
Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Friedrich-Ebert-Str.
109-111; ASTA, Berg. Universität; Behindert - na
und? e.V., Friedrich-Ebert-Straße 109-111; BUND,
Luisenstraße 108; Café Moritz, Höhe 22; Cinema,
Berliner Straße; Forum Maximum im Rex, Kipdorf
29; Katzensgold, Untergrünwaldstraße 3; Nach-
barschaftsheim, Platz der Republik; Lebensbaum,
Sophienstraße;**Die Abgabe ist kostenlos!**

Jugendliche von sechs bis zehn bzw. 14 Jahren für nachmittags nach der Schule eine qualifizierte Anlaufstelle brauchen. Das System der Kinderbetreuung muss ausgebaut und flexibler gestaltet werden. Die Betreuung muss sich den Arbeitszeiten der Eltern anpassen.

Und in Wuppertal?

Wuppertal ist leider keine kinder- und familienfreundliche Stadt. Die Ergebnisse des Familienatlas 2007 der Bundesregierung sind eine Ohrfeige für die Stadt. Hier belegt Wuppertal im bundesweiten Vergleich Rang 330.

Staatliche Pflichtaufgaben zu erfüllen, reicht einfach nicht aus. Ohne ein engagiertes, ressortübergreifendes familienpolitisches Handlungskonzept wird sich in Wuppertal nichts ändern. Das ist nicht nur schade für die Familien, Kinder und Jugendlichen, die hier leben, sondern auch schlecht für die Zukunft unserer Stadt.

Weitere Infos sind eingestellt unter www.prognos.com/familienatlas/

Vorgestellt: das GRÜNE Team

■ Fraktionssprecher Peter Vorsteher

Nomen est omen – dass sein Name ein Zeichen sein könnte, das hat Peter Vorsteher vor einigen Jahren noch nicht geahnt. Seit Beginn der Ratsperiode 2004 gehört der Wuppertaler zum Vorstand der GRÜNEN Fraktion Wuppertal. Gemeinsam mit Gerta Siller ist er Sprecher für die GRÜNEN Anliegen in der Stadt. In Küllenhahn zu Hause, ist der 51-Jährige ein Fan von langen Wanderungen durch das Burgholz, radelt aber auch gerne über die Sambatrasse.

Der Mann mit der Grünen Lunge kümmert sich vor allem um die Kontrolle der Wuppertaler Finanzen. Sorgen macht ihm dabei vor allem, dass die Stadt kaum aus eigener Kraft aus der Schuldenfalle herausfinden kann, in der seit der Unternehmenssteuerreform auf Bundesebene im Jahr 2001 viele Städte stecken. Resignation ist allerdings nicht seine Sache. Durch seine kommunikative Ader gelingt es ihm immer wieder, Menschen zusammenzubringen und damit neue Ideen anzustoßen. Diese Fähigkeit braucht er etwa in seinem zweiten Arbeitsschwerpunkt: der Migrationspolitik. Als Mitglied im entsprechenden Fachausschuss kümmert er sich um die Sorgen und Nöten der Migrantinnen und Migranten und kämpft für eine faire, realistische und humane

Politik für sie. Beispielsweise fordert er eine tragfähige und angemessene Regelung für schon lange geduldete Flüchtlinge. Die kann allerdings nicht auf städtischer Ebene verabschiedet werden, sondern in Bund und Land. Da ist engagierte Überzeugungsarbeit gefragt – ein Fall für Peter Vorsteher. Seine volle Unterstützung findet die konsequente Sprachförderung der Kinder ab dem Kindergartenalter.

Dass diese Praxis von anderen Parteien eingeführt wurde, stört ihn nicht. „Eine richtige und zukunftsweisende Idee ist nicht gleich falsch, nur weil sie nicht von den GRÜNEN kommt“, sagt er und steht dazu, dass seine Partei die Fehler der Vergangenheit auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene inzwischen korrigiert hat. Es geht ihm schlicht um die Sache: „Nur ein Kind, das die Sprache ver-

steht, hat im deutschen Schulsystem eine Chance und kann dann weiter gefördert werden.“ Ärgerlich findet der Fraktionssprecher, der bereits seit zwölf Jahren GRÜNE Politik macht, dass die Innenstadtentwicklung auf der Talachse nicht voran kommt. Die Rathausmehrheit aus CDU und SPD tue zu wenig, sagt er, und verweist auf die Sozialdatenanalyse der Stadt Wuppertal. Dort kann man deut-

lich sehen, in welchen Stadtquartieren es welche Probleme gibt. 12.000 Wohnungen stehen leer. Peter Vorsteher verlangt entschlossenes Handeln. Bisher gibt es allerdings nur eine Quartier-Entwicklungsgesellschaft mit nur zwei Mitarbeitern, die nicht einmal eine volle Stelle haben. Wenn der GRÜNE parallel mit ansehen muss, dass in äußeren, grünen Stadtbezirken wie Ronsdorf, Cronenberg oder auf dem Dönberg jede freie Wiese bebaut wird, so dass auch der Protest aus der Bevölkerung immer lauter wird, wünscht er sich schon eine andere Ratsmehrheit. Aber Resignation ist eben nicht die Sache von Peter Vorsteher.

Er packt da an, wo er helfen kann. In seiner örtlichen Bezirksvertretung Cronenberg ist er deshalb ebenfalls Fraktionssprecher der GRÜNEN. Außerdem kümmert er sich als Vorsitzender des Küllenhahner Bürgervereins ehrenamtlich um seinen Stadtbezirk. Wenn man dann noch hinzuzählt, dass der Regierungsbeschäftigte, der in der Aus- und Fortbildung beim Polizeipräsidium Wuppertal arbeitet, nebenbei seine Kolleginnen und Kollegen im Hauptpersonalrat des Innenministeriums vertritt, spätestens dann ist klar, was Peter Vorsteher Sache ist: Engagement.



Landesregierung ändert Gemeindeordnung NRW

■ Machterhalt für die CDU, Knebel für die Kommunen

Im September hat die schwarz-gelbe Landesregierung die Änderung der NRW-Gemeindeordnung und des Kommunalwahlgesetzes verabschiedet. Beides wird erhebliche Auswirkungen auf Wuppertal haben, viele davon negativ.

Zukünftig werden die Stadtoberhäupter, entkoppelt von der Kommunalwahl, für sechs Jahre gewählt. Bisher gab es alle fünf Jahre eine gemeinsame Stadtrats- und Bürgermeisterwahl. Die Stichwahl für OberbürgermeisterInnen wird ganz abgeschafft. Nun wird gewählt, wer im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhält. Wenn mehrere KandidatInnen antreten, kann es also passieren, dass die oder der neue OB nur 20 Prozent der Stimmen erhalten hat.

Die Stadt Wuppertal wird zukünftig neben der Kommunalwahl auch noch eine Oberbürgermeister-Wahl durchführen müssen. Das kostet Geld, das die Stadt nicht hat. Außerdem werden Wahlbeteiligung und Interesse bei zwei kommunalen Wahlen sicherlich nicht steigen. Die Chancen der jetzigen AmtsinhaberInnen auf eine Wiederwahl haben sich dadurch allerdings verbessert. Und nun raten Sie einmal, welche Partei zurzeit die meisten Oberbürgermeister-Posten in NRW stellt? Richtig, die CDU!

Aber auch die Handschrift des kleinen Koalitionspartners FDP ist bei den Gesetzesänderungen eindeutig zu erkennen. So ist nun beschlossen worden, die Zuwendungen an Ratsgruppen ohne Fraktionsstatus deut-

lich zu erhöhen. Sie sollen nun zwei Drittel der Bezüge erhalten, die die kleinstmögliche Fraktion bekommt. Damit will sich die in vielen NRW-Räten nicht mit Fraktionsstärke vertretene Landes-FDP ein erhebliches Stück vom Kuchen gönnen. Für Wuppertal bedeutet dies allerdings, dass die aus zwei Stadtverordneten bestehende Ratsgruppe der Republikaner mit einem jährlichen Etat von 100.000 Euro ausgestattet wird. Prinzipiell halten wir es für richtig, Ratsgruppen eine finanzielle Grundlage zu geben, aber die Höhe ist überzogen. Ratsgruppen sind nur in einem einzigen Fachausschuss vertreten und haben daher kaum Koordinierungsarbeit. Hinzu kommt, dass sie auch nicht die gleichen Verpflichtungen wie Frakti-

onen haben. Die GRÜNE Landtagsfraktion forderte daher die Halbierung der geplanten Zuschüsse - abgelehnt. Auch die ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitikerinnen und -politiker bekommen ein größeres Stück vom Kuchen ab. Die Aufwandsentschädigungen werden jeweils zu Beginn und zur Hälfte der Wahlzeit an gestiegene Lebenshaltungskosten angeglichen; bei einem so hoch verschuldeten Landeshaushalt ist das für uns nicht nachvollziehbar.

Ein kostenneutrales Bonbon gibt's für BezirksvorsteherInnen. Sie dürfen sich jetzt Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister nennen. Engagement verdient Anerkennung. Die größten Proteste gegen die neue Gemeindeordnung gab es landesweit

- auch aus Kreisen der CDU-regierten Städte und Gemeinden - gegen den finanziellen Knebel der Kommunen. Künftig dürfen sich Städte und Gemeinden nur noch dann wirtschaftlich betätigen, wenn ein dringender öffentlicher Zweck vorliegt. Einzige Ausnahmen: Kernbereiche der Daseinsvorsorge (Energie, Wasser, öffentlicher Verkehr, Telekommunikationsnetze, Telefondienstleistungen). Viele kommunale Unternehmen befürchten dadurch erhebliche Nachteile und die Einschränkung städtischer Dienstleistungen, wie z.B. des öffentlichen Personennahverkehrs.

Eine Übersicht über alle gesetzlichen Änderungen finden Sie unter: www.gruene.landtag.nrw.de

Städtischer Haushalt 2008/09

■ Kein Spielraum, keine Perspektive, keine Unterstützung

Kinderbildungsgesetz

Fortsetzung von Seite 2

buchen, mit niedrigeren Beiträgen „belohnt“ werden. Das könnte zur Folge haben, dass gerade diejenigen Eltern sich das Geld für den Kindergarten sparen, die selbst mit der Erziehung überfordert sind, wie es häufig in sozial schwächeren Familien der Fall ist. Das Gesetz schafft daher einen völlig falschen Anreiz. Die Bildungseinrichtung Kindergarten kann künftig schlechter Fehlentwicklungen in überforderten Familien korrigieren. Im Übrigen dürfte es in Städten mit Nothaushalt – wie Wuppertal – schwierig werden, die Kindergartenbeiträge bei kurzen Betreuungszeiten zu senken, denn damit würde der Elternanteil an den Betreuungskosten ein zweites Mal sinken.

Die Rituale zur Haushaltseinbringung ähneln sich seit dem Jahr 2001. Auch in Zukunft in den nächsten zwei Jahren wird die Stadt Wuppertal einen nicht genehmigten Haushalt verabschieden müssen. Nach wie vor verfügen in Nordrhein-Westfalen nur drei Großstädte über einen genehmigten Haushalt: Bonn, Düsseldorf und Münster.

Den anderen Großstädten geht es ähnlich schlecht wie Wuppertal, das allein in diesem Jahr ein strukturelles Defizit von 148 Millionen Euro vor sich herschiebt. Die Kassenkredite belaufen sich inzwischen auf 1,47 Milliarden Euro, Stand 30.09.07. Daraus folgern

CDU und SPD, dass Kommunalpolitik leider nicht möglich ist. Handlungsunfähig und fatalistisch haben sie deshalb auch beschlossen, in den Fachausschüssen keinerlei Beratungen über mögliche Schwerpunkte zuzulassen.

Es interessiert sie auch nicht, was interessierte Bürgerinnen und Bürger mit Ideen und Sachverstand einbringen können. Einen Bürgerhaushalt, der sich genau damit beschäftigt, lehnen sie entschieden ab. Nach dem Motto: Wir wissen nicht, was zu tun ist, also soll es auch niemand anderes wissen.

Die große Koalition von CDU und SPD versteckt sich hinter dem Kämmerer und tagt im kleinen Kämmerlein,

wo nur noch eine handvoll Stadtverordnete plus Oberbürgermeister über die Geschicke der Stadt entscheiden – Expertenwissen unerwünscht. Die CDU betet ohnehin blind die Politik ihrer Düsseldorfer Landesregierung herunter: kommunalfeindliche Politik gegen Mitbestimmung und funktionierende Strukturen.

Auch in Berlin gibt es keine Lobby für Wuppertal. Die örtlichen Bundestagsabgeordneten Hintze (CDU) und Zöllmer (SPD) zucken nur mit den Schultern, wenn Beschlüsse nicht tragfähig sind. So klafft bei den Unterbringungskosten von Hartz-IV-EmpfängerInnen eine finanzielle Lücke von rund 40 Millionen Euro, die die Stadt Wuppertal schließen muss, während sie

noch darüber hinaus in einem dramatischen Strukturwandel steckt.

Die nächsten Generationen werden ihre Zukunft nicht mehr gestalten können. Alles, was ihnen noch bleibt, ist, die Schulden, die wir heute machen, zu verwalten. Aus eigener Kraft werden wir aus dieser Schuldenfalle, die nicht von der Stadt Wuppertal verursacht worden ist, nicht herauskommen. Die fatalen Beschlüsse der damaligen Bundesregierung zur Unternehmenssteuerreform, die auch die große Koalition nicht korrigiert, ruiniert den städtischen Haushalt.

Das kann Wuppertal nicht allein auffangen. Dazu brauchen wir eindeutig die Hilfe von Bund und Land, und die lässt weiter auf sich warten.

Gastkommentar: Schulmittagessen

■ Immer noch keine befriedigende Lösung

von Dorothee Kleinherbers-Boden, Schulleiterin der Gesamtschule Else Lasker-Schüler

Als ich vor zehn Jahren als Schulleiterin an der Gesamtschule Else Lasker-Schüler anfang, überraschte mich das „Wuppertaler-Modell“ in Bezug auf das Schulmittagessen positiv: Kinder aus sozial schwachen Familien bekamen an den Ganztagschulen in Wuppertal ein kostenloses Mittagessen. An den Schulen im Ruhrgebiet, an denen ich vorher gearbeitet hatte, kannte man diese Einrichtung nicht. Als Leiterin einer großen Gesamtschule fand ich es immer sehr beruhigend, dass die Stadt trotz ange-



spannter Haushaltslage diese Kosten übernahm, denn bekanntermaßen ist in Deutschland der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen immer noch sehr stark von der sozialen Situation der Eltern abhängig. Von daher war die Unterstützung der sozial schwachen Kinder in meinen Augen ein wichtiger Beitrag, um wenigstens an diesem Punkt etwas mehr Chancengleichheit herzustellen.

Als der Rat der Stadt Wuppertal dann im Dezember letzten Jahres beschloss, das kostenlose Mittagessen für sozial Schwache zu streichen, konnte man schon ahnen, dass sich daraus schwierige Zustände in den Schulen ergeben würden. Seit

August 2007 sind die Folgen dieses Beschlusses in den Schulen erlebbar. Zum Beispiel ging die Zahl der Kinder, die am Mittagessen teilnehmen, an meiner Schule um über 200 zurück und sank damit auf den besorgniserregenden Stand von ca. 360. Das bedeutet, jeden Tag haben Schülerinnen und Schüler an dieser Ganztagschule keine Möglichkeit, ein warmes Mittagessen zu bekommen, obwohl sie an vier Tagen in der Woche bis 15.05 Uhr oder 15.55 Uhr Unterricht haben. Vergleichbar ist die Situation in den anderen Ganztagschulen im Tal.

Fortsetzung auf Seite 5

Vorgestellt: Susanne Fingscheid

■ GRÜNE Bezirksvertreterin in der BV Oberbarmen

Seit 1995 bin ich Fraktionsgeschäftsführerin der GRÜNEN in Solingen. Trotzdem wohne ich in Wuppertal. Nach zehn Jahren Berlin musste ein bisschen Großstadt schon sein. Kommunalpolitik ist mein Broterwerb. Aber neutrale Geschäftsführung war mir zu wenig. Nah am kommunalen Geschehen in Solingen ist der Wunsch, sich daran zu beteiligen, schnell gewachsen – allerdings vor Ort, wo ich wohne.

Als Wahl-Wichlinghauserin engagiere ich mich deshalb seit der letzten Kommunalwahl in der Bezirksvertretung Oberbarmen.

Wenn ich mich dort besonders für die Radfahrerinnen und Radfahrer einsetze, weiß ich, warum. Ich gehöre selbst dazu und liebe es, direkt in der Natur die manchmal steilen Wege zu entdecken und Gegenden zu erkunden, die man mit Schwebebahn, Bus oder Auto einfach nicht sieht. Und

in der Stadt kommt man ohne lästige Parkplatzsuche oder Anschlussprobleme von A nach B. Aber wo geht das schon in Wuppertal? Eine neue Fahrradwelle erobert die Stadt und plötzlich gibt es einige Strecken, die sich für Drahtesel sehr gut eignen würden, wenn man einmal genau hinsieht. Nicht umsonst hat die Wuppertalbewegung einiges in Gang gesetzt, um die Nordbahntrasse für die Radler zu erobern. Auch die Rittershauser Brücke könnte man endlich für den Radverkehr freigeben, aber die Widerstände sind nach wie vor zu groß. Wir sollten auch in der BV endlich den Mut haben, das innerstädtische Radwegenetz in Oberbarmen zu verdichten. Mit Summen von 800.000 Euro beispielsweise, wie sie in die unnötige Begradigung der Kreuzung Königsberger Straße/Am Diek zur Vermeidung eines vermeintlichen Staus geflossen sind, hätte man eine Menge Radsames in Bewegung bringen können.

Insgesamt ist Bezirkspolitik Gott sei Dank häufig weniger parteipolitisch ausgerichtet, aus einem Zebra-Streifen macht man keine partei-ideologische Auseinandersetzung. Diese pragmatische Arbeit ist gut für unseren Stadtteil, denn Oberbarmen wird sich verändern. Dafür werden neu aufgelegte Förderprogramme genauso sorgen, wie die Nordbahntrasse und das große Bebauungsgebiet Rangierbahnhof Wichlinghausen. Mit viel Idealismus und Bürgerbeteiligung ist hier eine Planung verabschiedet worden, die tatsächlich Neues für unseren Bezirk verheißt. Wichtig bleibt, dass es uns gelingt, trotz der vielen Neubaugebiete auch die älteren Gebäude attraktiver zu gestalten. Denn Oberbarmen lebt von der Vielfalt in seinen Quartieren, seiner multikulturellen Bevölkerung und seinen (sozio)kulturellen Angeboten. Das macht diesen chronisch unterschätzten Stadtteil aus. Es gilt, diese Vielfalt positiv zu gestalten.



Bezirksvertretung Oberbarmen

Oberbarmen ist Wuppertals Bezirk der Kontraste: Grau in Grau – grüne Oasen; vierspurige Straßen – verkehrsberuhigte Zonen, in denen Kinder auf der Straße spielen; in die Branche geknallte Discounter – kleinteilige Geschäftsstruktur in Privathand; der tägliche Autowahn – sehr gute ÖPNV-Anbindung; intakte Altbau-Straßenzüge – Bausünden aller Nachkriegsjahrzehnte.

Wichlinghausen ist dabei der typische Stadtteil in der Entwicklung: schöne, alte Gebäude (wenn auch teilweise verkommen), viel Leerstand, hoher Migrantenanteil, niedrige Mieten ... In anderen Großstädten dieser Welt ist ein positiver Kreislauf entstanden: Die preiswerten Mieten ziehen junge Menschen an, häufig Studenten, Künstler, die in ihrem Viertel aktiv werden. Nach und nach, zunächst fast unmerklich, entwickelt sich die Gegend zum „In-Viertel“ mit den entsprechenden Folgeerscheinungen: neue Bars, Kneipen und Geschäfte, renovierte Häuser, höhere Mieten usw. Mittlerweile wohne ich schon zwölf Jahre in Wichlinghausen, die geschilderte Entwick-

lung lässt aber noch auf sich warten. Dabei hat nicht zuletzt die WOGA deutlich gemacht, wie viel kreatives Potenzial im Bezirk ansässig ist. Aber es gibt auch die andere Seite; in ihrer wohl bekanntesten Ausprägung in der Schwarzbach. Hier wird es mit den neuen Förderprogrammen vor allem darum gehen, die Straßenzüge zu entwickeln und zu attraktivieren, die Hauseigentümer dazu zu bewegen, in ihr Eigentum zu investieren, Gewerbe anzusiedeln und die soziale Infrastruktur zu sichern und auszubauen. Es muss gelingen, Oberbarmens Vorzüge deutlicher zu machen. Wir werden mit der eigens gegründeten Zwischennutzungsagentur versuchen, leere Ladenlokale vor allem in den hoch frequentierten Straßenzügen vorübergehend als Schaufenster der lokalen Ökonomie und Kreativwirtschaft zu nutzen. Das nutzt den Gewerbetreibenden und den Vermietern, die ihre Immobilie ganz anders präsentieren können. Und auch wir anderen profitieren, indem wir nicht mehr in gähnend leere Schaufenster blicken, sondern vielleicht sogar Neues entdecken in Oberbarmen.

ANZEIGE

Wir wollen Dich...

...denn GRÜN muss wachsen, damit GRÜN noch mehr wirken kann. Und dabei kommt es auf jede Einzelne und jeden Einzelnen an.

Egal ob als „stille Unterstützung“ GRÜNER Ideen oder als aktives Mitglied – durch Deine Mitgliedschaft bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN kannst auch Du dazu beitragen, GRÜNE Ziele wie ökologische Modernisierung und soziale Gerechtigkeit immer wirklicher werden zu lassen.

Für Dich, für uns und nicht zuletzt für unsere Kinder müssen wir uns schon heute für eine gerechtere, gesündere und gewaltlose Welt von morgen einsetzen.

Deshalb brauchen wir Dich!

Also:

Ja sagen und dabei sein.



Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Wuppertal
Oberbergische Str. 8
42285 Wuppertal
fon: (0202) 87 811
fax: (0202) 82 444
mail: gruene.wuppertal@t-online.de
internet: www.gruene-kvwuppertal.de

Städtepartnerschaft Wuppertal - Beer Sheva

■ Ein mutiges Friedenszeichen wird 30

Die Wuppertaler Medien hatten dieses Jahr gleich dreimal von Partnerschaftsjubiläen zu berichten. Die Städtepartnerschaft mit Beer Sheva ist auch heute, dreißig Jahre nach ihrer förmlichen Erklärung, von ganz besonderer Bedeutung. Die israelische Stadt und die bundesdeutsche Industriestadt Wuppertal waren die ersten, die nach der Judenverfolgung im Dritten Reich ihre Freundschaft erklärten. Diese Freundschaft entwickelte sich unter anderem durch das intensive Bemühen des ehemaligen Wuppertaler Oberbürgermeisters und späteren NRW-Ministerpräsidenten und Bundespräsidenten Johannes Rau, und zu einer Zeit,

als die jüdische Publizistin Hannah Arendt den Deutschen noch die Unfähigkeit zu trauern attestierte. Ganz und gar nicht vergessen waren mit dieser frühen und für die Bundesrepublik und den noch jungen Staat Israel wichtigen Städtepartnerschaft die Verfolgung und Ermordung der vielen, auch Wuppertaler Juden in der Zeit des Dritten Reiches. Ganz im Gegenteil: Mit jedem Kontakt der Städte wird der Shoa (hebräisch für den Völkermord an den Juden) gedacht und um die Toten getrauert, egal ob eine hochrangige und offizielle Delegation die Partnerstadt besucht oder ob Bürgerinnen und Bürger oder auch Jugendliche zu

Besuch in der heute aufstrebenden Stadt in der Negev-Wüste Israels sind. Darüber hinaus ist jeder Kontakt ein aktiver Beitrag für Frieden und Sicherheit. Gleichzeitig zeigt die Partnerschaft, wie bedeutsam und sensibel scheinbar bedeutungslose kommunale Außenpolitik sein kann. Dass bei diesen Kontakten echte Freundschaften entstehen und über viele Jahrzehnte halten, ist auch heute, so lange Zeit nach der Shoa, ein Wunder, insbesondere dann, wenn ehemalige Wuppertaler Juden ihre einstige Heimatstadt besuchen, aus der sie vertrieben wurden.

Im Oktober besuchte nicht nur eine offizielle Wuppertaler Delegation die israelische Partnerstadt, sondern auch Bürger, die eine Reise des Freundeskreises Wuppertal – Beer Sheva machten. Sie trafen sich am Abend des offiziellen Empfangs im Innenhof des dortigen Rathauses, nachdem sie gemeinsam den Wuppertal-Platz in Beer Sheva eingeweiht hatten. Der offizielle Empfang wurde zusätzlich musikalisch umrahmt vom Chor der jüdischen Gemeinde aus dem Bergischen Städtedreieck, der sich zeitgleich auf Tournee in Israel befand. An diesem Abend beschlossen die befreundeten Städte auf Beer Shevas Initiative hin, dass die Kontakte zwischen den Schulen und ihren Kindern und Jugendlichen in den Partnerstädten wieder aufgenommen



Foto: privat

werden sollen. Diese hatte man aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzungen in der Region und der Bomben- und Raketenangriffe vor Ort einstellen müssen.

Aus Sicht der hochrangig besetzten Wuppertaler Delegation – unter ihnen u. a. der Oberbürgermeister Peter Jung mit seiner Gattin und der GRÜNE Bürgermeister Lorenz Bahr – eine rundherum gelungene Reise, sowohl in ihren offiziellen als auch in den Freizeit-Programmpunkten. Allerdings war für beides an drei Reisetagen nicht viel Zeit. Umso erfreulicher, dass die Delegation noch am Abreisetag Jerusalem besichtigen konnte. Nicht nur das Grab von Else Lasker-Schüler war Ziel der Reisegruppe,

sondern auch die Heiligtümer der drei Weltreligionen. Ihre Nähe vermittelt eine Idee davon, warum im Nahen Osten kein Frieden herrscht und warum der Weg dorthin so schwierig ist.

Auch wenn das lange Zögern in der Rathausspitze im Vorfeld der Reise einige Fragen aufgibt, sind sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und mit ihnen die Fraktionen im Rat der Stadt Wuppertal nach der Reise darin einig, dass die Partnerschaft unbedingt gepflegt und intensiviert werden muss. Dazu bietet der neu beschlossene Jugendaustausch eine hervorragende Perspektive, denn Freundschaft will erhalten und immer wieder auf ein Neues erarbeitet sein.



Foto: privat

Umweltpolitik in Wuppertal -

■ Für SPD und CDU nur ein Spielball der Macht

In der Ratssitzung am 05.11.2007 beschloss die große Koalition aus CDU und SPD, zwei Beigeordnetenstellen für den 01.09.2008 auszu-schreiben. Einen davon soll die CDU für Bildung, Kultur und Sport bekommen.

Dem künftigen zweiten SPD-Dezernat soll neben den Bereichen Stadtentwicklung, Planung, Bauen und Verkehr auch den Bereich Umweltschutz zugeordnet werden.

Seit 1989 leitet diesen Bereich erfolgreich und kompetent der GRÜNE Umweltdezernent Harald Bayer. Mit

dem neuen Beschluss wird er faktisch entmachtet. Ab September 2008 soll ihm die Zuständigkeit für das Ressort Umweltschutz entzogen werden, sodass er nur noch für Grünflächen und Forsten verantwortlich sein wird. Ein nicht nur unkluger, sondern auch teurer Plan, denn die Stadt muss sein volles Dezernatengehalt weiter bezahlen, und das des neuen Beigeordneten zusätzlich! Wie wollen CDU und SPD diese personelle und finanzielle Verschwendung den Wuppertalerinnen und Wuppertalern erklären? Schließlich bekommen sie

auf die meisten Fragen nur eine Antwort: „Dafür hat die Stadt kein Geld!“ Gleichzeitig wird mit dem Personalbeschluss eine eigenständige, unabhängige Umweltschutz-Politik den Bauinteressen untergeordnet und eine gleichgewichtige und unverzichtbare Stimme des Umweltschutzes im Verwaltungsvorstand mundtot gemacht. Noch im April 2005 hat der Rat mit einer Mehrheit von siebzig Prozent Harald Bayer bis zum Jahr 2013 wiedergewählt, auch mit Stimmen von CDU und SPD.

Mit diesem Beschluss versucht die

große Koalition in der ihr verbleibenden Zeit, ihren personellen Einfluss im Verwaltungsvorstand abzusichern. Sie lässt den Rat eine entsprechende Absichtserklärung unterzeichnen, damit sich an diesen Machtverhältnissen nichts ändert. Besonders die SPD befürchtet offensichtlich, 2009 geschwächt aus den Kommunalwahlen hervorzugehen und sorgt schon einmal vor. Das konnte die sie schon immer gut: Pöstchen besetzen und Pfründe zu sichern, in diesem Fall sogar gegen die Interessen der Stadt und des Oberbürger-

meisters, der im Kommunalwahlkampf versprach, ein bis zwei Beigeordnetenposten abzubauen. Damit wird deutlich, dass es CDU und SPD allein um Postengeschacher und Machterhalt über die nächste Kommunalwahl hinaus geht. Adé, Demokratie, adé, Umweltschutz!

grün^W
Keiner wie wir.

Ratschronik 05.11.2007

Ehrenbürgerin Pina Bausch

Einstimmig sprach sich der Rat der Stadt dafür aus, Pina Bausch die Ehrenbürgerschaft anzutragen. Die GRÜNEN freuen sich sehr, dass sie diese Ehrung annimmt.

Babybegrüßungspaket für Wuppertal

Ein Infopaket für Eltern, die ein Kind bekommen haben, mit allen Informationen, die sie brauchen und kleinen Geschenke: diesen Service muss die Stadt nach Auffassung der GRÜNEN einrichten. Städtische MitarbeiterInnen könnten das Babybegrüßungspaket zu den Eltern nach Hause bringen und nebenbei auch frühzeitig helfen, wenn es Probleme gibt.

Dieses hochgelobte Dormagener Modell für beste Prävention und ein kinder- und familienfreundliches Klima in der Stadt funktioniert andersorts bereits sehr erfolgreich. Dieser

Antrag wurde auf die Dezember-Ratssitzung verschoben.

Mahnmal Scharpenacken bald Geschichte

Der Rheinische Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz beantragte, den Langwaffen-Schießstand Scharpenacken als Denkmal zu erhalten und zum Mahnmal für die dort ermordeten Opfer des Nazi-Regimes zu erklären. Die GRÜNEN unterstützen diesen Antrag. Die Mehrheit des Rates stimmte aber dagegen, weil sie dort unbedingt eine neue Jugendhaftanstalt errichten will.

Parteilpolitisch motivierte Ausschreibungen von Beigeordneten-Stellen

SPD und CDU wollen zwei Dezernatstellen für September 2008 neu ausschreiben, eine davon enthält den Bereich Umweltschutz, der dann dem

bündnisgrünen Umweltdezernenten entzogen wird. Damit wird er faktisch entmachtet. Die GRÜNE Fraktion stimmte nach engagierter Debatte gegen den Antrag.

Neues Kommunales Finanzmanagement

In vielen Ausschüssen und Bezirksvertretungen stellten die GRÜNEN den Antrag, dass die Änderungen des städtischen Haushaltes durch das Neue Kommunale Finanzmanagement in den Ausschüssen und Bezirksvertretungen erläutert werden sollten. Diesen Anträge wurde in den meisten Gremien nicht entsprochen, auch im Rat wurde er abgelehnt.

Informationen zu Mobilfunkanlagen

Die GRÜNE Fraktion beantragt, dass zu den 30 in Wuppertal geplanten Mobilfunkanlagen Informationsveranstaltungen durchgeführt werden sollen. Dabei sollen auch Bedenken und Anregungen von BürgerInnen berücksichtigt werden. Der Antrag wird leider erst in der nächsten Ratssitzung am 17. Dezember behandelt.

staltungen durchgeführt werden sollen. Dabei sollen auch Bedenken und Anregungen von BürgerInnen berücksichtigt werden. Der Antrag wird leider erst in der nächsten Ratssitzung am 17. Dezember behandelt.

Fuhlrott-Museum wird geschlossen

Die GRÜNEN stimmen der Verwaltung zu, dass das Gebäude an der Auer Schulstraße, in dem die Volkshochschule untergebracht ist, dringend saniert werden muss. Heftigen Widerspruch erheben sie jedoch bei dem Vorschlag, das Fuhlrott-Museum auszulagern und bis 2012 in Containern einzumotten. Danach besteht die Möglichkeit, es in den Zoogaststätten unterzubringen, falls die Finanzierung gewährleistet ist.

Die GRÜNEN stellten unter anderem den Antrag, das Fuhlrott-Museum in der Auer Schulstraße zu belassen,

bis es in andere Räume umziehen kann. CDU und SPD stimmten leider für den Vorschlag der Verwaltung, der GRÜNE Antrag wurde danach als erledigt erklärt (mehr dazu auf S. 1).

Versorgungs- und Umweltverwaltung: Rechtmäßigkeit prüfen

Die Landesregierung überträgt immer wieder Aufgaben auf die Kommunen, ohne für ausreichende Finanzierung zu sorgen. Das Konnexitätsprinzip (Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen) ist Bestandteil der Landesverfassung.

An den konkreten Beispielen der Übertragung von Aufgaben der Versorgungs- und Umweltverwaltung auf die Stadt soll die Verwaltung auf Antrag der GRÜNEN nun überprüfen, ob die Landesregierung gegen dieses Prinzip verstößt und ob die Stadt Klage gegen das Land erheben kann.